

Gemeinsame Erklärung von EELV und Bündnis 90 / Die Grünen

Paris, den 30. September 2011

Die europäischen Grünen sind davon überzeugt, dass die großen ökonomischen, energiepolitischen, klimapolitischen und umweltpolitischen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, nur durch eine neue Qualität und Vertiefung europäischer Zusammenarbeit angegangen werden können. Die europäischen Regierungschefs bewirken aber durch ihre Konformität und ihre Unbeweglichkeit im Angesicht dieser großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise das Gegenteil:

Vor diesem Hintergrund treffen sich Vertreter von EELV und Bündnis 90/Die Grünen - Europaabgeordnete, nationale Abgeordnete, Parteiverantwortliche, Kommunalpolitiker - am 30. September in Paris, um gemeinsam über vier große Themenbereiche zu beraten: Energie, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Demokratie/Integration. Indem sie Erfahrungen teilen und gemeinsam nach Lösungen suchen, können die Grünen beiderseits des Rheins gemeinsame Wege aus der Krise beschreiben und neue Wege vorschlagen.

Damit wollen wir auch zu einer Belebung des französisch-deutschen Verhältnisses beitragen, die angesichts der großen europäischen Herausforderungen dringend nötig ist. Bundeskanzlerin Merkel wie Staatspräsident Sarkozy hatten keine Pläne, Europa weiter zusammen zu führen, als sie an die Macht kamen. An dieser Zögerlichkeit und Integration wider Willen leidet das europäische Projekt nach wie vor. Gipfeltreffen beschließen unter dem Druck der Krise zwar Maßnahmen auf EU-Ebene, die noch vor kurzem undenkbar waren. Sie bleiben jedoch ökonomisch ungenügend und europapolitisch ohne Vision und Begeisterung. Gerade die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs und Deutschlands brauchen politisch Verantwortliche, die Europa wollen, die für Europa kämpfen und jedem Geist des Nationalismus entschieden entgegentreten.

Mehr Solidarität in Europa

Die Eurozone steht am Scheideweg. Ihre Schiefelage könnte den Anfang eines Verfalls des europäischen Projekts markieren, ein düsteres Szenario, das die Grünen in Frankreich und Deutschland ablehnen. Die Zukunft der Eurozone ist eine Frage des politischen Willens. Des Willens, die Solidarität zwischen den europäischen Ländern zu stärken, des Willens, im eigenen Land die zur Überwindung der Krisen erforderlichen Schritte zu unternehmen, die europäische Integration weiter voranzubringen. Wir setzen uns in Frankreich, in Deutschland, im Europaparlament und in der ganzen EU für das Projekt einer Wirtschaftsunion ein, für ein föderales und demokratisches Europa.

Antworten auf die Krise in der Eurozone müssen sofort gegeben werden. Die Restrukturierung der Hälfte der griechischen Schulden gehört dazu. Darüber hinaus muss der Rettungsschirm (EFSF) mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden, um auf eine mögliche Ansteckung reagieren zu können. Wir sprechen uns auch für die Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aus.

Zugleich unterstützen die Grünen in Deutschland und Frankreich die Einführung von Eurobonds. Durch die Vergemeinschaftung eines Teils der Schulden könnten die Staaten der Eurozone zum besten Preis Geld leihen. Europäische Solidarität wird es nur geben, wenn die Regeln unserer gemeinsamen Währung respektiert werden. Die teilweise Vergemeinschaftung der Schulden muss mit einer verstärkten Koordination der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik einhergehen. Eine solche Vertiefung ist auf der Grundlage des Lissabon-Vertrags rechtlich nicht möglich. Zudem bedarf sie erneuter demokratischer Legitimation durch einen neuen europäischen Konvent. Wir setzen uns dafür ein, die verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung durch ein europäisches Referendum oder, falls das nicht möglich ist, durch nationale Referenden zu legitimieren.

Der Green New Deal als gemeinsames Projekt

Die Überwindung der Finanzkrise wird nur gelingen, wenn die Finanzmärkte und die Banken in den Dienst einer neuen sozial-ökologischen Wirtschaftsdynamik gestellt werden. Dazu wollen wir den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus an die grüne Leine nehmen und Kapital auf die "Begründung" der verschiedenen Wirtschaftssektoren hinlenken, wobei Erneuerbare Energien, Rohstoff- und Energieeffizienz, Bildung und Gesundheit eine besondere Bedeutung zukommt. Ein Green New Deal muss private Investitionen in diese Zukunftssektoren fördern und öffentliche Investitionen stärken, ohne

die Staatsverschuldung weiter anzutreiben. Dazu müssen die großen Vermögen und Kapitaleinkommen höher besteuert werden als bisher. Auch deshalb streiten wir für europäische Maßnahmen für eine Finanztransaktionssteuer und gegen Steueroasen und Steuerdumping. Deutschland und Frankreich sollten einen solchen Green New Deal in Europa vorantreiben, statt sich von den Finanzmärkten von Gipfel zu Gipfel scheuchen zu lassen. Der Green New Deal soll auch Pate stehen bei der notwendigen Anstrengung, den Defizitländern, vor allem Griechenland und Portugal, neue Wachstumsperspektiven zu eröffnen.

Das europäische Energiemodell revolutionieren

Ziel für die europäische Energiezukunft muss es sein, eine sichere, risikoarme, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung für die Bürger der EU zu gewährleisten. Die sparsame und effiziente Nutzung erneuerbarer Energien schont das Klima, spart Milliarden an Energieimporten, verringert unsere Abhängigkeit von zum Teil instabilen Energieexportländern und ermöglicht den Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft. Mehrere Studien haben bereits gezeigt, dass eine 100% Erneuerbare Energieversorgung für die EU bis 2050 möglich ist. Jetzt müssen wir die energiepolitischen Weichen richtig stellen, um diese Möglichkeit Wirklichkeit werden zu lassen. Wir müssen uns verabschieden von der althergebrachten fossil-atomaren zentralistischen Energieversorgung durch die Energieriesen.

Der Ausstieg aus der Atomkraft ist eine unverzichtbare Voraussetzung für diesen Wandel. Deutschland hat sich hier, nach der Katastrophe von Fukushima, unumkehrbar festgelegt. Die Grünen hatten seit Jahrzehnten für den Ausstieg aus dieser Hochrisikotechnologie gekämpft. Damit wurde auch der Weg frei gemacht für eine risikoarme Energieversorgung durch Erneuerbare Energien. Das ist ein Beispiel, dem Frankreich folgen sollte, anstatt sich in eine gefährliche Energieform zu versteigen und dabei das große Potential der erneuerbaren Energien zu verschenken.

Auf europäischer Ebene muss der längst überkommene undemokratische EURATOM-Vertrag endlich reformiert werden. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass eine Energieform, die in vielen Mitgliedsstaaten nicht genutzt wird, eine Sonderrolle erhält, die demokratische Kontrolle durch das Europaparlament ausschließt. Stattdessen ist es Zeit für die Schaffung einer Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Statt weiterhin ständig wachsende Summen in das Milliardengrab Fusionsforschungsreaktor ITER zu stecken, muss die europäische Energieforschung klare Schwerpunkte im Bereich Erneuerbarer Energien und Effizienz setzen. Auch die Planung neuer Netzinfrastruktur muss nach dem Ziel ausgerichtet werden eine vollständig Erneuerbare Energieversorgung zu ermöglichen. Eine sichere und saubere Energieversorgung und der Kampf gegen den Klimawandel sind eine Gemeinschaftsaufgabe, der sich die Mitgliedsstaaten zusammen stellen müssen.

Für ein offenes und multikulturelles Europa

Einige Debatten in Deutschland, Frankreich und anderswo in Europa verkünden das Scheitern und das Ende des Multikulturalismus. Dieser ist jedoch das Wesen des europäischen Projekts, dem die Grünen sehr verbunden sind. Nicht umsonst heißt das Motto der EU: In Vielfalt geeint.

Der Zugang zur Staatsbürgerschaft sollte ebenso wie die Familienzusammenführung als Grundrecht erleichtert werden. Angriffe gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sind rückwärtsgewandt und kontraproduktiv. Menschen zu einer Wahl zwischen ihren beiden Nationalitäten zu zwingen, macht Integration nicht einfacher: Die doppelte Staatsbürgerschaft ist vielmehr ein Reichtum, den es zu schätzen gilt.

Das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer, das bislang nur den Staatsangehörigen der Europäischen Union vorbehalten ist, muss auf alle Ausländer ausgeweitet werden.

Schließlich setzen wir uns für eine ehrgeizige Antidiskriminierungsstrategie auf EU-Ebene ein. Diskriminierung ist eine Geißel, die jede Politik der Integration untergräbt, und wir verurteilen die Regierung Merkel für die Blockade der Rahmenrichtlinie zu diesem Thema.

Eine sozial-ökologische Wohnungspolitik und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unseren Städten

Das in Frankreich eingeführte Recht auf Wohnen ist nur dann ein wirkliches Recht, wenn ein entsprechendes Angebot geschaffen wird: Durch Erneuerung, Neubau und die Mobilisierung ungenutzter Wohnflächen. Wir Grünen wollen die zunehmende Immobilienspekulation begrenzen und das soziale, genossenschaftliche und gemeinschaftliche Bauen und Wohnen stärken. Die Beteiligung der Bürger an der Stadtplanung muss in beiden Ländern intensiviert werden.

Wir Grünen in Frankreich und Deutschland wollen die Möglichkeit von Mietsteigerungen stärker begrenzen. Vor allem Neuvermietungsrenten dürfen nicht länger ausschließlich dem Markt überlassen werden. Mit der Einführung eines Mietspiegels könnte Frankreich von Deutschland ein wirkungsvolles Instrument zur Steuerung der Miethöhen übernehmen.

Programme wie die Städtebauförderung und die "Soziale Stadt", die in Deutschland gerade geschwächt werden sollen, halten wir für beide Länder für grundlegend zur Vermeidung der sozialen Spaltung der Stadtgesellschaften.

Um den Energieverbrauch von Wohnungen und die Energiekosten seiner Bewohner zu verringern, setzen wir uns als Ziel bis zum Jahr 2030 energetisch autonomen Wohnraum zu schaffen und den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken. Um dies zu erreichen, schlagen wir eine Finanzierungsstrategie für das langfristige Erneuern von Bauwerken vor, die für Mieter ebenso wie für Investoren Sicherheit schafft. Deutschland betreibt seit 10 Jahren die Förderung der energetischen Sanierung von Wohnhäusern mit zinsgünstigen Darlehen. Wir Grünen fordern, die Förderung in Deutschland und Frankreich zu verstärken und zu verstetigen, damit die jährliche Sanierungsquote in beiden Ländern deutlich gesteigert werden kann. Frankreich muss von den Erfahrungen seines Nachbarn profitieren.